

Anzeigenpreise: Die gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 100.— Mark, Stellen- und Wohnungszettel, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungszettel 40.— Mark, kleine Anzeigen per Wort 5.— Mark. — Merklampreise: Die Millimeterzeile 3 gespaltene oder deren Raum im Text 280.— Mark.

Verlagspreis: Durch den Postboten Einzelnummer 400 M., 1000.— M., pro Woche. Durch die Post Einzelnummer 400 M., 1000.— M., pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Prod.-Genossenschaft. — Redaktionsprechstunde: 5—6 Uhr nachm. — Postkontonr.: Breslau Nr. 310 60. — Fernspr.: Breslau, Ring 8837.

Schlesische

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 82.

Montag, den 9. April 1923.

5. Jahrgang.

Aus dem Inhalt:

Die „Rote Fahne“ (Berlin) und ihre sämtlichen Kopfbücher sind auf Betreiben der Faschisten für 14 Tage verboten worden.

Die „Vereinigten vaterländischen Verbände“ (Orgefa) fordern das Verbot und die Auflösung der SPD.

Die deutschen Faschisten fordern die Abschaffung des Schichtentages und aller Bestimmungen über Arbeiterschutz, Einführung des Akkordsystems und des „Vaterländischen Hilfsdienstes“.

In Memel stehen die Arbeiter, Angestellten und Beamten seit dem 7. April geschlossen im Generalstreik für die Aufhebung des Ausnahmezustandes, für die Freilassung der politischen Gefangenen und für die Versammlungsfreiheit.

Am Dienstag fand die Beerdigung der bei Krupp gemordeten Arbeiter statt. Die K. P. Frankreichs leitete eine Sammlung ein zu Gunsten der Familien der in Essen gemordeten Arbeiter.

Genosse Lieble, der 2. Vorsitzende der SPD, Ortsgruppe Wetter a. d. Ruhr, wurde vom französischen Kriegsgericht zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, wegen Verbreitung der „Humanität“.

Der Reichsunterernährungsminister kündigt die Beseitigung der Getreideumlage an.

Bei den Betriebsrätewahlen auf der Füllstein- und Melchiorgrube (Waldburger Revier) erzielten die Kommunisten große Erfolge.

Keine Gehaltsaufbesserungen für die Staatsangestellten und Beamten.

Das WTB meldet: Am 6. und 7. April fanden im Reichsfinanzministerium Lohnverhandlungen statt zwischen den Vertretern der Regierung und den Führern der Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter über Gehalts- und Lohnverhältnisse. Die sehr eingehenden Besprechungen (1) führten zu dem Ergebnis (1), daß die Stützungsfunktion der Marktunter allen Umständen gefördert werden muß, weil die Erzielung von Preisstillstand (1) und Preisabbau (1) und damit die Besserung des realen Einkommens (1) wertvoller ist, als jede Verbesserung des nominalen Papiermarkeneinkommens. In Erkenntnis dieser Tatsache (1) wurde von einer Teuerungsfunktion in der bisherigen Art Abstand genommen. Durch Bewältigungsmassnahmen soll dafür gesorgt werden, daß die Beamten, Angestellten und Arbeiter innerhalb der ihnen zustehenden Bezüge rechtzeitig in den Besitz der notwendigen Geldmittel kommen (1). Die Verhandlungen über einen Ausgleich in besonders teuren Orten, namentlich des Westens, sollen mit Beschleunigung fortgesetzt und zum Abschluß gebracht werden.

Mit solchem Schmus sind die Proleten wohl noch niemals abgefertigt worden. Wenn sie sich diese Verhöhnung ruhig gefallen lassen, verdienen sie Prügel!

Die Hinrichtung des Budjewicz wird bestätigt.

Die Hinrichtung des Wälaten Budjewicz wird aus Moskau offiziell bestätigt. In Peking fanden Protestveranstaltungen der Reaktionsäre statt, die die Intervention der Regierung und die Anklage gegen die kommunistischen Abgeordneten forderten. Die Reaktion wies diese Forderungen zurück. — Am 11. d. Mts. begann in Moskau der Prozess gegen den Patriarchen Tichon.

Brüderliche Solidarität.

Paris, 7. April. Die französische kommunistische Partei eröffnete zu Gunsten der Familien der Opfer von Essen eine Sammlung.

Kommunistische Erfolge bei den Betriebsrätewahlen im Waldburger Revier.

Bei den Betriebsrätewahlen der Füllstein-Revier erhielt die freigezeichnete kommunistische Liste 14 Sitze. Von den Gewählten sind fünf Kommunisten. Die Union erhielt zwei, die Christlichen zwei und die Hirsch-Sunder ein Sitz. (Im Vorjahr war nur ein Genosse im Betriebsrat vertreten.)

Auf der Melchiorgrube in Dittersbach hat erzielte unsere Gewerkschaft zwei Sitze. (Im Vorjahr keinen.)

Das Fanal.

Die Reaktion setzt das Verbot der „Roten Fahne“ und sämtlicher Kopfbücher derselben durch! Nehmt Stellung dazu in den Betrieben! Auf zum Protest!

Eigene Drahtmeldung der „Schlesischen Arbeiterzeitung“.

Berlin, 9. April. Die „Rote Fahne“ und sämtliche Kopfbücher derselben, sowie die „Rote Fahne am Montag“ sind auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik (1) für 14 Tage verboten worden. Das Verbot erfolgt angeblich wegen Verleumdung der Reichs- und Preussischen Landes-Regierung.

Das Verbot wird wie folgt „begründet“:

„Die „Rote Fahne“ und ihr Montagsblatt haben in letzter Zeit fortgesetzt die Mitglieder der Reichsregierung und der preussischen Landesregierung beschimpft und verleumdet. So ist u. a. behauptet worden, die Sando-Regierung „mache Theater“ (Nr. 70), bereite den Kampf gegen das sächsische Proletariat mit „juristischen Klauen“ vor (Nr. 74) und befinde sich entweder in „voller Halklosigkeit“ oder ihre Redensarten seien nur „als blauer Dunst“ gemeint (Nr. 73). Geradezu unanständig behauptet die Sando-Regierung jetzt auch noch das verlorene, womit sie der Anklage der Korruption bisher noch immer bezeugen konnte: die Erfolge ihrer finanzpolitischen Tricks“, sie werde bald „da stehen, flügelarm wie ein gerupfter Vogel“ (Montagsblatt Nr. 14). Der Reichsfaschist: Sando und Poincare leisteten sich „gegenseitig Scherzgedienste“ (Nr. 68). Ferner wird der Reichsfaschistler Sando in Nr. 62 mit „Steuerdrückbergern“, „anilinfärbten Prozentpatronen“ und mit „hiedrigen Getreideverherrern“ auf eine Stufe gestellt. In Nr. 71 heißt es: „Sando tanzt nach der Weise der Schwerindustrie, der Banken und der Kunze“. In ähnlicher Weise wird Reichsminister Dr. Luther „der Ernährungsminister der Junter“ genannt (Nr. 75). Beschimpfend und verleumderisch sind auch die Angriffe gegen den preussischen Minister des Innern, wie sie sich besonders in dem Aufsatz „Severings blutige Opfer“ (Nr. 73) finden. An anderen Stellen wird gesagt, daß „der bauernschlaue Herr Severing“, dessen „Fassade als Schützer der Republik allzu sehr ramponiert“ sei (Nr. 70), „das Gesebel“ von 1921 mit „raffiniertester Perchunung proboziert“ habe, (Montagsnummer 12), daß er bei seiner „Invasion des Sächler Gebietes“ ebenso wenig Rücksicht auf die Wohnungsnot nehme, wie die Franzosen im Ruhrgebiet“ (Nr. 75), daß er „an der Untergrabung der Störheit der deutschen Arbeiterschaft wüte“ (Nr. 75), und daß seine „ganze Kampagne gegen die faschistischen Barden nur ein Bluff“ sei (Nr. 70).

und auf einzelne Wendungen, wie z. B. auf die in Nr. 65 enthaltene, in welcher der Regierung nachgesagt wird, „sie sei unfähig, die staatliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu sichern“, sie lebe als „Entente-Kolonie“. Was die Anforderungen zum Vorseitigen der republikanischen Regierung und zum Errichten der Arbeiterdiktatur betrifft, so finden sich solche Anforderungen u. a. in Nr. 73 und an mehreren Stellen der Nummern 68 und 74 der „Roten Fahne“.

Das, was die Rote Fahne sagte, können auch wir reiflos unterschreiben.

Dieses Verbot ist ein Fanal für die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands; es ist der wahrste Beweis dafür, daß die deutschen Faschisten eine ihrer Forderungen durchgesetzt haben und daß die Einigung der deutschen und französischen Kapitalisten in der Ruhrfrage über der Luft steht. Das Verbot der „Roten Fahne“ und der kommunistischen Partei. Die Reaktion hat ihr Ziel erreicht: die „Rote Fahne“ ist zur Strecke gebracht worden.

Die Regierung hat die Forderung der Faschisten gern erfüllt, jamaal die Verständigung zwischen den deutschen und französischen Kapitalisten bejant und der Ruhrkrieg sich seinem Ende nähert. Da diese Verständigung nur auf Kosten des Proletariats geschehen kann, und die Möglichkeit offenbleibt, daß die Proleten den geeigneten „Grfindern“ einen Strich durch die Rechnung machen, beeilt sich die Sando-Regierung — das Exekutivkomitee der deutschen Großkapitalisten und Großhändlerverbände — das Proletariat Deutschlands mundtot zu machen, indem sie das Zentralorgan der revolutionären Partei verbietet. Dieses Fanal darf die gesamte Arbeiterschaft nicht unbeachtet lassen, diesen Schlag muß sie mit der Brust parieren.

In allen Betrieben und Gewerkschaften muß die Arbeiterschaft ohne Unterschied der Partizugehörigkeit zu diesem unerhörten Gewaltakt Stellung nehmen. Überall muß die Aufhebung dieses skandalösen Verbots verlangt werden. In öffentlichen Volksversammlungen muß diese weisse Schmach angeprangert werden, müssen die Arbeiter Sturm laufen gegen eine Regierung, die so unerschämte die Taten des Kapitalisten wahrnimmt.

Überall müssen Protestdemonstrationen veranstaltet werden gegen diese „heileidigte“ Regierung — die durch ihre Politik das Proletariat nicht nur beleidigt, sondern proboziert und zum Klassenhaß anreizt.

Wenn das Proletariat diesen Schlag nicht abwehrt, werden ihm sehr schnell weitere folgen. Das gilt es zu verhindern. Auf zum Kampf! Keine Stunde gezögert!

Die Kommunisten sollen verurteilt werden.

Die „Vereinigten vaterländischen Verbände“ verlangen in einer Entschliessung das Verbot der SPD. Es ist durch zahlreiche Umgebungen bewiesen, daß die kommunistische Partei die Diktatur des Proletariats erstrebt, demnach die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform zu untergraben beabsichtigt. Die kommunistische Partei muß daher aufgelöst und verboten werden. Wir fordern die Reichsregierung auf, die ausführenden Organe in diesem Sinne zur gleichmäßigen Durchsetzung des Gesetzes zum Schutz der Republik anzuhalten.

Die Herrschenden müssen den Schutz der Republik nur den Arbeitern überlassen. Dann wird den republikanisch besorgten Betrückerhorden schon hören und Sehen werden.

Drohende Berge.

Im besetzten Gebiet des Westens ragen Berge in großer Zahl in die Luft. Schwarz steigen sie aus der Umgebung hervor. Kohlen! Kohlen! Kohlen, überall Kohlen! Millionen von Tonnen lagern dort.

Diese Berge sind ein Schatz für das Kapital. Zum großen Teil wurden die Mengen kostenfrei für das Kapital aus der Erde geholt. Löhne werden aus der Ruhrhilfe gedeckt. Beim Verkauf dieser Kohlen wird das Kapital Riesengeschäfte machen. Aber das beste Geschäft für die Kohlenkapitalisten liegt darin, daß sie die Kohlen jetzt nicht verkaufen, nicht verkaufen können, darin, daß diese Berge von Kohlen zu einer Gefahr für das Proletariat werden.

Dort lagern die Berge. In Hunderttausenden von Haushaltungen, in Krankenhäusern und sonstigen Anstalten fehlt das Brennmaterial. Kranke und Kinder frieren. Eine Zugabe zu dem Hungern. Schon vor Wochen forderten die Betriebsräte: Belieferung jedes Haushalts mit mindestens 50 Zentner Kohle.

Alle die tabernakelartigen Kohlenberge, die die Hungernden anstarrten. Die Kapitalisten widersehen sich der Ruhrhilfe von Kohle. Auch nicht zum Selbstkostenpreis will man sie abgeben. In Oberhausen rechnete ein Zechenbetreiber den Arbeitern vor, daß der eigentliche Selbstkostenpreis höher sei, als der geltende Marktpreis. Also soll man zum geltenden Marktpreis kaufen. So werden die Arbeiter verhöhnt. Dieselben Arbeiter, die von den Seiwertschafften gezwungen werden, für die Ruhrhilfe zu opfern. Dieselben Arbeiter, die in der nationalen Einheitsfront mit den Kapitalisten für die Erhaltung dieses kapitalistischen Systems kämpfen sollen. Sie sollen den Buckel hinhalten, auf den die Schläge des französischen Militarismus niederschauen. Sie sollen für die Stinnes-Kompagnie die Kaskanen aus dem Feuer holen und sie werden dafür von den Stinnes-Kumpansen verhöhnt und maltätiert.

Daß man die Kohlenberge nicht von den Proletariaten Deutschlands antasten lassen will, das hat seinen guten Grund. Bald werden diese Kohlenberge ein besserer Streikbrecher sein, als Hitlergardien und Technische Nothilfe. Mit diesen Kohlenbergen hält das Kapital Verarbeiter und Eisenarbeiter in Schach, wenn sie sich unterjagen sollten, gegen Verschlechterungen aufzumucken oder Forderungen zu erheben.

Wenn die Ruhrhilfe verjagt, (sie verjagt, sobald sich Stinnes und Loucheur verständigt haben) wenn die Löhne wieder aus den Klassenstrahlen des Grubenkapitals bezahlt werden müssen, dann wird dieses Kapital seine Bedingungen diktieren: Lohnverkürzung, Arbeitszeitverlängerung! Ein Streit kann dann das Kapital nicht schrecken. Auf Monate hinaus ist man für die dringendsten Bedürfnisse mit Kohlen versorgt. Wenn die Eisenarbeiter die Luft verschauern sollten, den Bergarbeitern beizustehen, na ja, dann reichen die Kohlen noch länger. Man vergesse nicht: schon fast 12 Wochen ist das Ruhrgebiet vom übrigen Deutschland abgeschlossen. In erheblichem Umfang stockt dort die Produktion. Zweifelt man daran, daß das Gruben- u. Eisenkapital, das dort in den Händen derselben Leute vereinigt ist, noch einige Wochen ohne Produktion durchhalten wird, um die Arbeiter vollständig ihrem Willen zu unterwerfen? Wer daran zweifelt, wird bitter enttäuscht werden.

Die Kohlenberge im Ruhrgebiet bedrohen die Gesamtarbeiterschaft. Sie müssen zerstört werden. Sie wären zum großen Teil schon zerstört worden, wenn nicht die Ruhrhilfe...

schafsbürokratie und die SED, als Interessenvertreter des deutschen Schwerkapitals im Ruhrgebiet alles aufziehen, um ein geschlossenes Vorgehen der Arbeiterschaft zu verhindern. Sobald sich die Arbeiter im Ruhrgebiet einzeln finden, sobald die Einheitsfront kraft des eigenen Willens die Disziplin gegen den kapitalistischen Widerstand aufnehmen kann, können die Kohlenhalden auch geräumt, können die Haushaltungen mit Brennmaterial beliefert werden.

Wehr nach ist dann möglich. Es ist dann auch möglich, daß die Arbeiterschaft die Euno-Regierung beseitigt, eine Arbeiterregierung ergötzt, die mit derselben Konsequenz die Klasseninteressen des Proletariats wahrnimmt, wie die Euno-Regierung, wie jede Koalitionregierung die Klasseninteressen der Bourgeoisie wahrgenommen hat und wahrnehmen wird.

Fort mit den Kohlenbergen! Einheitsfront und Arbeiterregierung!

**Beseitigung des Achtstundentags!**  
Das Ziel des Kampfes.

Am letzten Donnerstag fand in Berlin eine Vertreterversammlung des "Bündnisses nationaler Verbände Deutschlands" statt. In dieser Versammlung der Fabrikanten sprach der Landtagsabgeordnete Paonelle, der alle Fabriken vom "erwachenden Autor teutonicus" vom "auswärtigen Verstum" vom "düsteren Mal" u. a. besetzte und während die Umkleung des Arbeiterkampfes gegen die Arbeiter in einer scharfen Angriff gegen die deutsche Arbeiterklasse propagierte. In der gemeinsamen Resolution fordern die Fabrikanten die Abschaffung des Achtstundentags und aller Bestimmungen über Arbeiterchutz, Erzahlung nach Leistung (uneingeschränkter Arbeitszeiten), Einführung des "nationalen Hilfsdienstes" und zwecks Durchführung der "nationalen Maßnahmen die sofortige Auflösung der kommunistischen Partei. Die "Nationalistischen" als Hauptgefahr für ihre Pläne betrachten.

Damit haben sich die "Nationalistischen" selbst als einfache Kettenzange der Kapitalisten vorgestellt. All die nationalen und antijüdischen Phrasen dienen nur dazu, Müllhaufen zu lagern. Die Arbeiterschaft muß diesen Unternehmungsplänen, den "nationalistischen Führern", die das Proletariat unter nationaler Fälschung hinterhält überfallen wollen, die richtige Antwort geben.

**Generalfreitag in Memel.**

Eigener Bericht d. "Schlef. Arb.-Ztg."  
Memel, 8. April. Die Arbeiterorganisationen Memels verlangten Aufhebung des Ausnahmezustandes, Versammlungsfreiheit, Freilassung der politischen Gefangenen. Da diese Forderungen von der litauischen Regierung abgelehnt wurden, traten die Betriebe in den Generalfreitag. Der Parole der Gewerkschaften sind auch andere Berufsgruppen gefolgt, sodass sämtliche Geschäfte, Büros und Banken geschlossen haben. Als französisches Militär die Post besetzte, traten die Postbeamten in der Streik. Die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke liegen still. Der Streikbetreuer des litauischen Oberkommissars hat auf Grund des litauischen Ausnahmestandes die Befugnisse erhalten, die strikte Verordnungen, Versammlungen und Streiks jeder Art verboten sind. Eine jugendliche Kommunistin, die am Samstag dem litauischen Vertreter die Forderungen der Gewerkschaften überbrachte, wurde verhaftet, ebenso der Schriftleiter der sozialdemokratischen "Memeler Volksstimme" Jähig.  
Der Generalfreitag gewinnt an Ausdehnung. Immer aus Heideberg wird auch aus Ruten und aus der allgernein Aufstand gemeldet. Vor der Polizei kam es zu einem Zwischenfall zwischen Militär und demonstrierender Volksmenge. Das Militär ließ mit Schüssen auf die Menge ein und zerstreute, nachdem es aus der Reserve Verstärkung erhielt, mit erregtem Bajonet die Demonstranten.

22. Memel, 8. April. Auf dem Gut Spiehlhütte bei Memel fand heute wieder eine große Versammlung statt, die durch litauische Militär gestört wurde. Dabei wurde ein 20 Jahre alter Schloßer durch einen Kopfschuß getötet, ein Arbeiter und eine Frau erlitten schwere Verletzungen. Außerdem wurde in der Nacht zum Sonntag auf der Straße in Memel ein Mann erschossen und ein anderer durch Handfeuerwaffen verletzt. Bemerkenswert ist hierzu das am Sonntag nachmittag erfolgter Vorfall, nachdem die Straße nicht zu betreten, noch nicht bekannt gemacht. Zwei Verhaftungen sind ferner geblieben.

23. Memel, 9. April. In der Nacht zum Sonntag wurde das Dramal Theater "Liliput" des Herrn und das Stadttheater der "Dorffrauen" angezündet.

24. Memel, 10. April. In einer Versammlung der Streikbetreuer des obersten Bevollmächtigten der litauischen Regierung bekannt, daß der litauische Kommissar für die Zeit des Ausnahmezustandes geschlossen wird. Der litauische Kommissar sei nachweislich der Führer des Streiks. Ferner wird durch die Bevollmächtigten der Streikbetreuer von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgen verboten. Alle Besuche müssen Sonntag wieder gestoppt sein. Die Besuche müssen des litauischen Kommissars werden durchgehelt. Der litauische Kommissar des litauischen Kommissars wurde festgenommen. Auch in Heideberg wurden Verhaftungen vorgenommen. Die Menge verzeigte der Kommissar vor dem litauischen Kommissar die Freilassung der Verhafteten zu erlangen.

**Der Ruhrkrieg.**

**Die Ergebnisse des Ruhrunternehmens.**  
WED. Paris, 9. April. "Das national" veröffentlicht eine Note über die wirtschaftlichen Ergebnisse des Ruhrunternehmens bis zum 1. März, deren Zahlen folgende Zahlen, wie die gestern von der deutschen Seite gemachten Mitteilungen über den Abtransport von Kohle und Koble aus dem Ruhrgebiet zeigen, für Frankreich und Belgien immer noch zu hoch gegriffen sind. Nach der Note des "Economiiste" sollen abtransportiert worden sein: nach Frankreich 11 509 T. Kohle, 23 275 T. Kohle, nach Belgien 13 137 T. Kohle, 1465 T. Kohle; nach Italien 16 000 T. Kohle und nach Holland 8 537 T. Kohle. Die Franzosen haben also, so erklärt das Blatt, während der 1 1/2 Monate täglich zwei Kohlenzüge erhalten, während vor der Besetzung 4 Kohlenzüge täglich nach Frankreich gingen. Die Ruhrbesetzung habe uns einschließlich Belgiens und Luxemburgs bisher 78 025 T. Kohlen und Koble zugebracht, während nach Holland, der Schweiz und Italien in der gleichen Zeit 27 773 T. abgegangen sind.

**Die besetzten Reigen.**  
WED. Berlin, 9. April. Im Ruhrgebiet sind, wie die amtliche preussische Presse berichtet, von unabhängiger Stelle erfährt, bisher von den Einbruchsmächten die nachbenannten Reigen besetzt worden: 1. Westfalen, 2. Rhein-Ruhr, 3. Westfalen, 4. General Alumental, 5. Concordia, 6. Rheinhausen, 7. Schlager, 8. Eifen, 9. Sächler Spitze, 10. Bergmannsglüd, 11. Westfalen, 12. König Ludwig. Zusätzlich konnten die Franzosen und Belgier trotz der Besetzung der Reigen und der Verhinderung fremder Arbeitskräfte nur geringe Kohlen- und Koble Mengen abfahren.

**Verdingung der gemordeten Arbeiter.**  
Der Dienstag findet die Verdingung der in Essen gemordeten Arbeiter statt.  
**3 Milliarden Mark beschlagnahmt.**  
WED. Frankfurt a. M., 8. April. Der Frankfurter Zeitung zufolge haben die Franzosen gestern auf der Rheinbrücke in Worms ein aus Mannheim kommendes Automobil mit 3 Milliarden Mark Reichsbankguthaben beschlagnahmt.

**Militärische Robeiten.**  
WED. Ludwigshafen, den 7. April. Dem Stabschef seiner Frau weg ausgemietet wurde der Inspektor Richard Peters von der Güterverwaltung in Ludwigshafen. Obwohl er den französischen Besatzungsbeamten den Vertreter des Besatzungsorgans darstellt, hat er jedoch bei nach ein anderer sich freiwillig für ihn auszuweisen lassen wollte, wurde die Bitte vorläufig bei seiner Ehefrau bleiben zu dürfen, abgelehnt.

**Genosse Liede vor dem französischen Kriegsgericht.**  
2 Monate Gefängnis wegen Verbreitung der "Humanität".  
Paris, 8. April.  
Der große Vorsitzende der kommunistischen Gruppe in Metz, Gen. Liede, wurde dem französischen Kriegsgericht zu 2 Monaten Gefängnis und einer Million Geldstrafe verurteilt, weil er unter dem Pseudonym "Humanität" verbreitete, das Genosse Liede, daß die Verbreitung der kommunistischen "Humanität" die Sicherheit der Besatzungsorgane gefährde.

**Wiedergutmachung des Rentenruhes?**  
Nach den besetzten geographischen Kreismapen sollen die Renten der Arbeitslosen während der Besetzung des Ruhrgebietes durch die Besatzungsorgane...

liche Verpflichtung hat man bereit eingestanden, daß nach dem Einverständnis des Reichsministeriums (siehe Vereinbarung zur Röhre zum RWS) in der Zeit von Januar bis April 80 Millionen "gespart" (den Kriegsoffizieren gestohlen) wurden.

**Stattensische Falschen auch in Frankreich.**  
Die italienischen Falschen haben sich nicht nur in Berlin heimlich eingeschlichen. Auch in Frankreich treiben sie ihr trauriges Handwerk. Ihr organisiertes Spionagedienst arbeitet Hand in Hand mit der Polizei, um ihr die aus Italien vor dem Zerfall gestohlenen Arbeiter auszulieferen. Auf ihre Denunziation wurden bereits zahlreiche italienische Genossen aus Frankreich abgehoben. In den Industriestädten werden sie aber von den Arbeitern entsprechend, wie es Polizeispionen gebührt, empfangen und behandelt. Neulich erst wurden in Longwy solche Genossen, als sie von der Arbeiterschaft erkannt wurden, tüchtig verprügelt.

**Der rote Mittelblod.**  
Die planmäßige Hege gegen Sachfen mit einer parlamentarischen Arbeitermehrheit geht in der großen bürgerlichen Presse systematisch vor sich. Die DAZ schreibt z. B.:  
Die Bedingungen, auf die sich Kommunisten und Sozialisten geeinigt haben, sind ein einziger Bruch der Reichsverfassung.  
Die DAZ maßt den Bourgeois das Gespenn eines roten Mitteldeutschland an die Wand und fordert die Reichsregierung auf, mit bewaffneter Faust Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Es heißt denn weiter:  
Nicht nur an Rhein und Ruhr, sondern auch in Sachfen wird der Kampf gegen den äußeren Feind ausgefochten.  
Die sächsischen Arbeiter als äußeren Feind — das ist nicht übel. Die deutsche Arbeiterschaft muß in der Tat einen roten Mittelblod schaffen, muß darüber hinaus überall mit bewaffneter Faust Ruhe und Ordnung schaffen, will sie vor den "Lezalen" und illegalen bewaffneten Angriffen der anerkannten oder nicht anerkannten Falschen sicher sein.

**Buchereifreiheit und Milliarden-geschenke.**  
Der Reichsernährungsminister Dr. Luther veröffentlicht in der bürgerlichen Presse einen Artikel über die Brotversorgung des nächsten Jahres. Obwohl der Reichstag noch keinen Beschluß über die Aufhebung der Getreidemenge gefaßt habe, sieht "nach aller Voraussicht das Ergebnis fest", d. h. die Getreidemenge wird befristet. Boregehen sei eine Getreidemenge von 2 1/2 Millionen Tennen, die das Reich selbstverständlich im freien Handel ankaufte. Mit Verzeichnung stellt die "Deutsche Tageszeitung" im Anschluß an diesen Artikel fest, daß man der Umlage letzter Tag gekommen ist. Dieses großspendige Organ gibt sich damit aber nicht zufrieden, sondern fordert von der Regierung "einmal die Selbstkapitalität (2) der Landwirtschaft (des Großgrundbesitzers) (h. Red.)", andererseits dem schon erwähnten Mißverhältnis zwischen Dünge- und Produktionspreisen durch Einfuhr öffentlicher Mittel Rechnung zu tragen.  
Neben der Buchereifreiheit wollen die Agrarkapitalisten aus den Eisenwägen der arbeitenden Bevölkerung noch Milliarden-geschenke erpressen!

**Proletarische Ruhrhilfe der Sowjet-Genossenschaften.**  
(Eigener Bericht der "Schlef. Arbeiterzeitung".)  
Die russischen Genossenschaften veranstalteten eine Sammlung für die kämpfende Arbeiterschaft im Ruhrgebiet. Das Ergebnis von 1000 Pfund Sterling (etwa 100 Millionen M.) ist heute dem deutschen Vertreter im Präsidium der Ruhrkommission der Kommintern, dem Genossen Mittel (Kasparowitsch Weissenfels) zur Verfügung übergeben worden. Das Geld soll insbesondere für eine Antidüster-Verordnung...

Mit dieser Selbsttätigkeit haben sich die Sowjet-Genossenschaften im Ruhrgebiet den russischen Genossenschaften angeschlossen. Das Proletariat an der Ruhr erhält damit neue Vorteile der internationalen Massensolidarität aus Sowjetrußland. Außerdem müssen diese Vorteile auf die Auswanderer wirken, deren Genossenschafts-Internationale (London) sich als vollkommen unfähig erwiesen hat und soeben den Beschluß faßte, nichts in der Ruhrfrage zu tun, da sie außerhalb ihrer Großspionagedienst des "politischen Neutralität" gelegen sei.

**Verstärkte Erkenntnis oder Heuchelei?**  
„Es steht beinahe so aus“.

Der Sozialdemokratische Verein Breslau hatte — wie wir unseren Lesern bereits mitteilten — am 29. März folgende Erklärung veröffentlicht:  
„Die Sozialdemokratische Partei lehnt, wie bisher (?), auch in Zukunft jede Zusammenarbeit mit dem Bund für Recht und Wahrheit ab. Der Vorstand mißbilligt es, wenn einzelne Parteigenossen, entgegen der Stellungnahme der Partei, für den Bund für Recht und Wahrheit tätig sind.“

Der Bund für Wahrheit und Recht, in dem bisher führende Sozialdemokraten einträchtig neben Republikfeinden patriotische Reden hielten, ist über diese Abgabe, die auf Drängen der Arbeiter erfolgte, recht verärgert und erwidert in der Presse Folgendes:  
„Der Deutsche Bund für Recht und Wahrheit — Revision von Versailles — e. V. hält trotz der Erklärung des Sozialdemokratischen Vereins Breslau daran fest, daß an der Verwirklichung seines Zieles, deutsche Gemeinschaftsgestaltung zur Schaffung eines gerechten Friedens, alle Volksgenossen ohne Unterschied der Parteien zusammenwirken müssen, wie dies im übrigen auch in der mächtvollen Ruhrkundgebung am 26. März im Schiefwerder von dem Redner betont worden ist.“

Auch die „Schlef. Ztg.“ ist über die Abänderung des Soz. Vereins vom Bund für Recht und Wahrheit unangenehm berührt und schreibt:  
„Der Bund für Recht und Wahrheit, der gegen die Schulblüge kämpft und eine Revision des Vertrages von Versailles erstrebt, ist parteipolitisch vollkommen neutral und legt Wert darauf, daß Mitglieder aller Parteien sich zu dem von ihm erstrebten Ziele vereinigen. An seinen Versammlungen und Beratungen haben auch immer Sozialdemokraten teilgenommen. Die große Ruhrkundgebung im Schiefwerder, die von dem Bunde veranstaltet wurde, hatte zum Redner einen Sozialdemokraten, den von den Franzosen vertretenen Regierungspräsidenten Dr. Brünger aus Düsseldorf und zum Versammlungsleiter den ebenfalls der sozialdemokratischen Partei angehörenden Oberpräsidenten Zimmer. Es sieht beinahe aus, als wenn der Sozialdemokratische Verein im Hinblick auf diese Versammlung vom 26. März jetzt besonders deutlich von jener Veranstaltung abrücken will.“

Der „Schlef. Ztg.“ fällt es offenbar schwer, an die sozialdemokratische Abänderung zu glauben, sonst würde sie wohl nicht glauben, daß „es beinahe so aussieht“, sondern annehmen, daß es so und nicht anders ist. Die „Volkswacht“ bemüht sich, die Zweifel der „Schlef. Ztg.“ zu tilgen, denn sie erwidert auf die Bemerkung, „daß es beinahe aussieht, mit der Feststellung:  
Das ist in einem gewissen Sinne zutreffend. Der Bund arbeitet in Breslau auch mit republikfeindlichen Elementen zusammen, sodas die Partei davon abraten muß, daß sich Genossen als Redner gewinnen lassen.  
Wir haben zwei Fragen an die Redaktion der „Volkswacht“:  
Erstens, warum ist die Annahme der „Schlesischen Zeitung“, daß die SED vom Bund für Wahrheit und Recht abtrüdt (dem nach eigenem Geständnis auch republikfeindliche Elemente angehören), nur „in gewissem Sinne“ und nicht in vollem Umfang zutreffend?  
Zweitens: Wenn der Redaktion der „Volkswacht“ bekannt war, daß dem Bund republikfeindliche Elemente angehören, warum hat sie dann nicht vor der Schiefwerderversammlung gegen ihn Stellung genommen? Wir hoffen, daß die „Volkswacht“ antwortet, damit es nicht beinahe aussieht

Die radikalen „Parteirotter“.

Von Heinrich Brandler (Berlin).

Um die Methode der Parteipolitik einiger Führer der Berliner Opposition zu charakterisieren, müssen wir dieses Blatt im Zusammenhang bringen:

Wir müssen nicht nur über die Zukunftsmöglichkeiten, sondern über Gegenwartsaufgaben handeln. Wir müssen den Massen klar machen, was eine Arbeiterregierung ist und was sie nicht ist. Sie ist nicht — und ich brauche das nicht zu sagen — Eintritt von Kommunisten in ein sozialdemokratisches Kabinett; sie ist aber auch nicht die Liquidation des Proletariats, sie kann im besten Falle Bruch mit der bisherigen sozialdemokratischen Politik sein nicht in dem Sinne, daß wenn wir zehn Mandate haben und die anderen 40 wir von den Sozialdemokraten und diesen Arbeitermassen verlangen, daß sie kommunistische Politik machen sollen. Wenn Sie die Frage der Arbeiterregierung so stellen, daß Sie von den Sozialdemokraten und den von ihnen geführten Massen kommunistische Politik verlangen, dann ist das eine Verführung unserer eigenen Arbeitermassen — statt einer Klärung eine Verwirrung! Aber es ist etwas anderes möglich, nämlich, daß die anderen kommunistische Politik machen, sondern daß wir sie zwingen, ihre eigenen Agitationsversprechungen bei der Wahl in ihrer praktischen Politik in die Wirklichkeit umzusetzen, und das ist, wenn wir sie dazu zwingen könnten unter Umständen den Einfluß und die Teilnahme von Kommunisten an der Regierung, weil wir die Trennung der sozialdemokratischen Partei von den kommunistischen Parteien herbeiführen könnten. Das ist die Aufgabe der kommunistischen Partei. Wenn es nicht geht, nicht diese Arbeitermassen sofort zu Kommunisten zu machen, sondern sie nur unter Aufhebung ihrer eigenen Idee durch eine klare Propaganda für die Arbeiterregierung gegenüber der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie, anfangs mittels Ausübung des Parlamentarismus und der eigenen Arbeiterpartei, Gewerkschaften, Meisterei oder Arbeiterräte in den Kampf zu bringen, daß sie auf diese Art und Weise, wie sie sich bilden, auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie unter den bestehenden Verhältnissen in den Dienst des proletarischen Klassenkampfes gestellt werden, so wäre das für die Revolution von ungeheurer Bedeutung. Denn dann beginnt der Kampf und wenn erst der Kampf beginnt ist das Ende nicht abzusehen; dann kann er nicht mehr beendet werden auf die demokratischen Formen. Aber der Ausgangspunkt unserer Agitation darf nicht der sein, daß wir sagen: Arbeiterregierung ist Diktatur, und ehe die Arbeiterregierung nicht zu diktatorischen Maßnahmen fortschreitet, kann eine Teilnahme von Kommunisten an dieser Arbeiterregierung nicht in Frage kommen. Nicht so werden wir die Forderung der SPD als Partei und die Gewinnung der Arbeitermassen für den Kommunismus erreichen, sondern dann, wenn wir an ihre demokratischen Illusionen anknüpfen wenn wir anzuknüpfen verstehen an die Auffassung der Arbeiter in gehobener Lebensstellung, wenn es möglich ist, den auf parlamentarischen Wege gewonnenen Staat und seine Macht in den Dienst des proletarischen Klassenkampfes zu stellen.

Ehe wir nicht durch die Praxis imstande sind, durch die Teilnahme von Kommunisten

ben willst, dich unzufrieden nennen, und die, wenn du gar streiffst, dich beschimpfen und nach der Polizei rufen, die dich zur Arbeit treiben soll. Weißt du nicht, daß dich die bürgerlichen Zeitungen einen Faulenzer nennen, weil du nur acht Stunden arbeitest. Weißt du nicht, daß sie von dir verlangen, du sollst 10 Stunden arbeiten im Interesse der Kapitalisten. Sie sagen das sehr geschickt, nicht offen, aber doch sagen sie es. Sie sind dein größter Feind. Willst du noch länger einen Feind in deiner eignen Wohnung dulden. Wirf ihn hinaus.

Wirf das bürgerliche Blatt aus deinem Hause! Vielleicht aber liest du die „Volkswacht“, „Bergwacht“, den „Proletarier“ oder ein anderes sozialdemokratisches Blatt. Das Blatt, das vor dem Kriege einmal deine Interessen vertrat. Es tut es längst nicht mehr.

Vielleicht du in den sozialdemokratischen Blättern noch ein scharfes Wort gegen deine Feinde. Hörst du noch etwas davon, daß ein sozialdemokratischer Redakteur einmal für seine Anzeigung ins Gefängnis geht. Vor dem Kriege machten die sozialdemokratischen Redakteure dauernd Bekanntschaft mit der Klassenjustiz.

Seit 1914, seitdem die sozialdemokratischen Führer ihren Burgfrieden mit dem Bürgertum geschlossen haben, bleiben sie von der Klassenjustiz verschont. Seit 1914 hat noch nicht ein einziger sozialdemokratischer Redakteur in Schlesien einen Tag Gefängnis erhalten. Warum? Glaubst du, daß die Klassenjustiz besser geworden ist, dieselbe Justiz, die in Breslau fast jeden Monat Gefängnisstrafen über Kommunisten verhängt?

Die sozialdemokratischen Blätter geraten nicht mehr in Konflikt mit der Klassenjustiz, weil sie ihren Frieden mit dem Klassenstaat gemacht haben.

an einer solchen Regierung zu beweisen, daß es nicht genügt den bürgerlichen Staat in den Dienst des Proletariats zu stellen, so lange wir nicht wir reden wie wir wollen; wir werden den Abglauben an die Demokratie in der Arbeiterschaft nicht auskultivierten Zustände sein, und wenn uns eine günstige Welle zur Eroberung der Macht bringen würde, würden wir, wenn nicht die Zerklüftung der Illusionen vorhergegangen wäre, genau so wie 1918 und 1919 die Macht verlieren.“

Wir haben dieses Blatt besonders angezogen, im Zusammenhang wiedergegeben, weil in diesen Ausführungen auch die Auffassung der Parteitagmehrheit enthalten ist, die nach den Behauptungen der Opposition die Liquidation der kommunistischen Partei und der kommunistischen Staatstheorie bedeutet und weil die Illusionen damit beleuchtet ist. Der Hinweis auf die Eroberung der Arbeiter in gehobener Lebensstellung ist ebenfalls keine opportunistische Entgegnung, sondern aus dem Artikel klar ersichtlich, weil ich in diesem Vortrag auf dem Zentralauschuß verfuhrte, eine sozialistische Begründung für die Träger der demokratischen und sozialistischen Ideologie darüber zu geben, indem ich die organisierte Arbeiterklasse, die dank ihrer Anknüpfung an den Gewerkschaften ein höheres Lebensniveau hat als die Träger der demokratischen Illusionen schilderte, die Intellektuellen und Kleinrentierschichten, die in der Zusammenbruchsstufe des Kapitalismus unter das Proletariat in die Lumpenbourgeoisie hinstürzen, als Träger der sozialistischen Ideologie darstellte.

- 1. Die Opposition klagt die Zentrale und die Mehrheit der Partei des Opportunismus an: „weil wir die gegebenen Kräfteverhältnisse berücksichtigen“, indem sie sagt: „Diese Auffassung (sagt die SPD vom linken Flügel der Bourgeoisie loslassen und sie zum rechten Flügel der Arbeiterklasse machen müssen) führt dann zur Formalisierung, man müsse die gegebenen Kräfteverhältnisse berücksichtigen.“
- 2. „Weil die demokratische Auffassung der Arbeiterregierung die Revolution der kommunistischen Staatstheorie die Revolution der kommunistischen Grundausfassung vom Klassenkampf überhebt.“
- 3. Preisgabe der Rolle der kommunistischen Partei und Liquidation der kommunistischen Grundzüge.

Welche Beweis bringt die Genossin Ruth Fischer für ihre Behauptung? Sie sieht die Preisgabe der kommunistischen Staatstheorie und der Grundausfassung vom Klassenkampf im Anknüpfen an die sozialdemokratischen Illusionen und im Reden mit den gegebenen Kräfteverhältnissen. Wir betonen uns schuldig, daß wir bei unserer praktischen Politik mit Sorgfalt die gegebenen Kräfteverhältnisse zu berücksichtigen versuchen und daß wir durch Anknüpfen an die demokratischen Illusionen, wie überhaupt an die Lebensgewohnheiten des deutschen Proletariats und die Traditionen aus der Vergangenheit der Arbeiterbewegung der Vortriebszeit, dieses Kräfteverhältnis zu unseren Gunsten zu verändern versuchen. Die Genossin Ruth Fischer bestreitet das Vorhandensein der demokratischen Illusionen im deutschen Proletariat.

So temperamentvoll diese Ausführungen klingen, mit prinzipiellen grundsätzlichen Problemen wie die Rolle der kommunistischen Partei, der kommunistischen Staatstheorie, der Grundausfassung des proletarischen Klassenkampfes, hat dieser Streit, ob die feststehende Passivität der breiten Arbeitermassen auf demokratischen Illusionen beruht oder nicht, nichts zu tun.

Sie sind gegen die Einheitsfront der Arbeiter, bilden aber eine Einheitsfront mit dem Ausbeuter. Die „Volkswacht“, die von führenden Häusern des Breslauer Großhandels und der Großbanken durch Klientelrate ausgehalten wird, treibt eine schamlose Hege gegen den ersten Arbeiterstaat der Welt, gegen Sowjetrußland. Sie heißt die eiserne Stirn zu behaupten, Sowjetrußland unterfütze die Hitler-Garden. Ist das nicht die Höhe? Man will dir zumuten zu glauben, daß unsere kommunistischen Brüder in Rußland jene Märtyrerbanden unterstützen, die unsere unvergeßlichen Vorkämpfer Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg gemordet haben?

Ist diese Beschimpfung Sowjetrußlands nicht ein Schlag in dein Gesicht? Wie lange willst du diesen Schimpf dulden? Wenn du ein ehrlicher, revolutionärer Kämpfer bist, so mußt du das Blatt, das die russische Revolution beschimpft, noch heute abbestellen.

Viele Arbeiter kaufen bei den Straßenhändlern noch die Wochenblätter „Freie Meinung“, „Nachpost“ usw. Ist es nicht ein Skandal, daß solche Schmutzblätter noch von tausenden Arbeitern gekauft und unterstützt werden. Wirf dein Geld nicht für Sensations- und Klatschblätter hinaus.

In der jetzigen Zeit brauchst du eine gut geleitete Tageszeitung, die dich über alle politischen und wirtschaftlichen Vorgänge so unterrichtet, wie du als Arbeiter unterrichtet sein mußt. Eine Zeitung, die rücksichtslos die Pläne deiner Feinde, deiner Ausbeuter aufdeckt, die zeigt, was du tun mußt, um aus dem Elend herauszukommen. In Schlesien findest du nur eine Zeitung die das tut, das ist die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“.

Von Bernhard Schottländer, den sie Radd-

bandten ermordet haben, gezeichnet, hat sie in fünf Jahren ihres Bestehens einen ununterbrochenen Kampf gegen den Kapitalismus geführt. Und die Bourgeoisie wußte, welche gefährlicher Feind ihr in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ erstand.

Deshalb hat sie Schottländer ermorden lassen.

Deshalb hat der Sozialdemokrat Hering

1. 31. zur Freude der „Volkswacht“ unser Blatt monatlang unterdrückt. Die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ ist eine ununterbrochene Kette von Verfolgungen. Mit dem Sozialdemokraten Hering fing es an, Hrs und Liebermann setzten als gelehrige Schüler Hering's die Verfolgungen fort.

Sie setzen 40 Kommunisten, darunter unsere Redakteure und unsere Verleger ins Gefängnis.

Da sie drachten sogar dem Bruder unseres Blattes mit Gefängnis.

Alle Bemühungen der Bourgeoisie einschließlich der sozialdemokratischen Regierungen sozialisten u. a. Hering und Himmer waren fruchtlos. Die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ ist gewachsen trotz aller Verfolgungen, trotz aller Unterdrückungen, trotz aller Verbote und Gefängnisstrafen, trotz aller Verleumdungen der „Volkswacht“, „Bergwacht“ usw. Und weil es so ist, weil unser Blatt jense sozialdemokratischen Wälder überflügelt hat, haben heute Ost und Galiz gegen uns und suchen uns bei den Arbeitern als von der Reaktion bestrafen zu verleumdend!

Darum mußt du Genosse gerade jetzt in Treue zu deiner Zeitung stehen, mußt du sie unterstützen und sie unterstützen. Du kannst dein Blatt auf mannigfaltige Art unterstützen. In aller erster Linie dadurch, daß du die kostenlose Zeitung deines Kameraden zum Lesen weitergibst. Hat dein Arbeitsbruder durch längeres Lesen Interesse an unserem Blatt gefunden, so bedarf es nur einer kleinen Mühe um ihn als Abonnenten zu gewinnen. Der lange fernes von dem Freileser, von dem Gasse wirt, dessen Kunde du bist, daß sie unser Blatt halten und auslegen. Veranlasse die Bekannten, die von Arbeiterklasse leben, unsere Zeitung bei Vergabung von Inseraten zu unterstützen. Wenn du Bergmann bist, und nach Breslau kommst, so vergiß nicht Kohle mitzubringen. Nimm dir ein Bepfel an den bürgerlichen Sportsvereinen aus O. S., die anläßlich einer Tagung in Breslau Zeitungsweisse Kohle mitbrachten. Und noch eins, vergesse nicht.

Verteile über alle Vorkommnisse in der Gemeinde, im Betrieb in der Gewerkschaft.

Bei dem früher kleinen Umfang unseres Blattes mußten wir leider viele Verteile zurückstellen.

Seit der am 1. April vorgenommenen Erweiterung unseres Blattes können wir alle Verteile umgehend veröffentlichen und brauchen viel Material. Was du für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ tust, das tust du für dich und deine Klasse. Denn je verbreiteter, je stärker und geförderter unser Blatt ist, um so eher wird das schlesische Proletariat alle seine Feinde zerschmettern.

Aus Gewerkschaften und Betrieben.

Ausfall der Wahlen für den Verbandstag der Holzarbeiter.

In der 108. Wahlabteilung waren 2 Kommunisten und der 1. Bevollmächtigte der Ortsverwaltung Frankfurt a. M., Lornau, ausgestellt. Gewählt wurden der Verbandsangestellte und unser Genosse Reinhardt, Frankfurt a. M. Die Ortsverwaltung hatte vorher in einem besonderen Einladungs-schreiben an die Mitglieder der SPD, darauf hingewiesen, wie sie sich blamieren würden, wenn sie mit kommunistischen Delegierten auf den Verbandstag kämen. Hoffen wir, daß der Verbandsvorstand hartnäckig mit der Frankfurter Ortsverwaltung, trotz der „Blamagen“, umgeht.

Kommunistische Erfolge in den Gewerkschaften.

Bei den in voriger Woche vorgenommenen Betriebsratswahlen in der Margarinefabrik von Kalk, Altona, haben die Kommunisten einen guten Erfolg errungen. Im vorigen Jahre war nur 1 Kommunist und 6 SPD im Betriebsrat vertreten. Die jetzt für das kommende Jahr gezielte Wahl brachte 4 Sitze für die SPD, und nur 3 Sitze für die SPD.

Das Ergebnis der Betriebsratswahl in der Wollspinnerei Altona-Bahrenfeld ist folgendes: 5 Kommunisten, 4 Parteiloze und 2 SPD.

Die Textilarbeiter der Firma Concord Schloß Altona wählten in den Betriebsrat in diesem Jahre 2 Kommunisten, nachdem die SPD in diesem Betriebe bisher keinen Vertreter im Betriebsrat hatte. Außerdem wurden 2 Parteiloze in den Betriebsrat gewählt. Die SPD mußte sich mit 2 Sitzen begnügen.

Im Vorjahre erhielten unsere Genossen 6 Mandate im größten Frankfurter Betrieb, dem Eisen-

Schlesische Rundschau.

Vor zu, Genosse.

Du liest noch immer die neuesten Nachrichten, das „Neue Tageblatt“, den „Wanderer“ oder wie die bürgerlichen Blätter alle heißen. Weißt du nicht, daß sie alle kapitalistische Zeitungen sind, die nur das schreiben, was du im Interesse der Kapitalisten, deiner größten Feinde, die dich täglich ausbeuten, lesen darfst. Die, wenn du eine Lohnherabsetzung ha-

Die SPD. 10. Seite, die SPD. Die SPD. 10. Seite, die SPD.

Die SPD. 10. Seite, die SPD. Die SPD. 10. Seite, die SPD.

Die SPD. 10. Seite, die SPD. Die SPD. 10. Seite, die SPD.

Die SPD. 10. Seite, die SPD. Die SPD. 10. Seite, die SPD.

**Solidarität mit den Berliner Eisenbahnern.**

Die unerbittliche Vergewaltigung der Berliner Eisenbahnarbeiter durch die Schiefer und Konsorten...

**Die Entlassung der Königsberger Vertrauensleute lautet:**

Die am 20. März 23 tagende Vertrauensmännerversammlung des FVH Königsberg nimmt Kenntnis von den Verträgen im LGV, Ortsgruppe Berlin...

**Die Verlangen freie Meinungsäußerung aller sozialistisch denkenden Kollegen, innerhalb unserer Organisation.**

Die Verlangen den Berliner Kollegen für ihre solidare Unterstützung unsere Sympathie aus...

**Breslau. Katalas. Keller Schinde aus der SPD. ausgezogen.**

Die SPD. 10. Seite, die SPD. Die SPD. 10. Seite, die SPD.

Die SPD. 10. Seite, die SPD. Die SPD. 10. Seite, die SPD.

Die SPD. 10. Seite, die SPD. Die SPD. 10. Seite, die SPD.

**Provinzielles.**

Neustadt O.S. Bericht über die Kreisversammlung am 28. März 1929. Auf der Tagesordnung standen nicht weniger als 12 Punkte.

Die SPD. 10. Seite, die SPD. Die SPD. 10. Seite, die SPD.

**Die SPD. 10. Seite, die SPD.**

Die SPD. 10. Seite, die SPD. Die SPD. 10. Seite, die SPD.

**Die SPD. 10. Seite, die SPD.**

Die SPD. 10. Seite, die SPD. Die SPD. 10. Seite, die SPD.

**Die SPD. 10. Seite, die SPD.**

Die SPD. 10. Seite, die SPD. Die SPD. 10. Seite, die SPD.

**Die SPD. 10. Seite, die SPD.**

Die SPD. 10. Seite, die SPD. Die SPD. 10. Seite, die SPD.

**Die SPD. 10. Seite, die SPD.**

Die SPD. 10. Seite, die SPD. Die SPD. 10. Seite, die SPD.

**Die SPD. 10. Seite, die SPD.**

Die SPD. 10. Seite, die SPD. Die SPD. 10. Seite, die SPD.

**Antrag Deibel-Schubert.**

Um die herrschende Wohnungsnot zu lindern sind sofort Bauten vorzunehmen. Es sind innerhalb des Kreises 100 Familienhäuser mit 2- und 3-Zimmer-Wohnungen zu errichten...

**Heute Montag Abend in Sitzungssaal Nikolaistraße 40/50 Diskussionsabend**

Anfang pünktlich 7 Uhr, da um 10 Uhr Sitzung aller Funktionäre beginnt.

**Alle Funktionäre müssen bestimmt erscheinen. Auch die Genossinnen sind geladen, sie treten um 10 Uhr zu einer besonderen Frauen-Besprechung zusammen.**

**Die Ortsleitung.**

**Der 4. zur Beratung stehende Antrag betreffs einer zu gründenden Sieblungs-Gesellschaft mit einem Anteil von 400.000 Mark wurde nach kurzer Debatte angenommen.**

Die Verhandlungen im Kreisrat haben erneut die Unfähigkeit und die Unwilligkeit der bürgerlichen Parteien, dem gegenwärtigen Elend zu steuern, bewiesen.

**Einen neuen Leser! Genosse, vergiß es nicht!**

Die SPD. 10. Seite, die SPD. Die SPD. 10. Seite, die SPD.

**Berichtungs-Kalender.**

Die SPD. 10. Seite, die SPD. Die SPD. 10. Seite, die SPD.

**Andere Organisationen**

Die SPD. 10. Seite, die SPD. Die SPD. 10. Seite, die SPD.

**Lieblich-Theater**

Die SPD. 10. Seite, die SPD. Die SPD. 10. Seite, die SPD.

**KJD**

Die SPD. 10. Seite, die SPD. Die SPD. 10. Seite, die SPD.

**KKG**

Die SPD. 10. Seite, die SPD. Die SPD. 10. Seite, die SPD.

**An alle Ortsgruppen des Agitationskreises Langenbielau!**

Die Eignung der F.V.R. Langenbielau stellt fest, daß große Massen von Genossen ihre Frauen noch nicht zu Kundmännern erziehen haben.

**Revolutionärer Kampffonds der R.P.D. Bezirk Schlesien.**

Über 1/2 Mill. Mk. für den Kampffonds. 1. Quittung.

Table with columns for names, amounts, and locations. Includes entries like 'F. B. u. a.', 'K. Müller-Breslau', 'M. Müller-Breslau', etc.

**Genossen! Steigert die Sammeltätigkeit für den Kampffonds der Partei!**

Sorgt bei jeder Gelegenheit, daß dem Kampffonds neue Mittel zugeführt werden.

**Schaffi Munition!**

Die Bezirksleitung der SPD. Schlesien.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Johannes Gatzlich...